

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Katrin Helling-Plahr, Michael Theurer, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Christian Dürr, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Thomas Hacker, Peter Heidt, Ulla Ihnen, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Oliver Luksic, Roman Müller-Böhm, Matthias Seestern-Pauly, Dr. Hermann Otto Solms, Katja Suding, Dr. Florian Toncar und der Fraktion der FDP

Social Freezing

Unter Femtech versteht man Diagnostika, Produkte und Dienstleistungen, welche die Gesundheit von Frauen in den Fokus stellen. Darunter fällt auch das Einfrieren von unbefruchteten Eizellen ohne medizinische Indikation, das sogenannte Social Freezing.

Die Chance einer erfolgreichen und risikoarmen Schwangerschaft sinkt mit zunehmendem Alter der Eizellen einer Frau, da sowohl die Anzahl der Eizellen sinkt als auch deren Qualität abnimmt (https://www.wissensschau.de/reproduktionsmedizin/social_freezing_fruchtbarkeit_alter.php).

Durch eine künstliche Befruchtung mit zuvor – in jüngerem Lebensalter – entnommenen unbefruchteten Eizellen kann die Erfolgs- und Schwangerschaftsrate bei einer späteren Schwangerschaft verbessert werden. Social Freezing ist in Deutschland, jedenfalls im Vergleich zu anderen reproduktionsmedizinischen Maßnahmen, allerdings wenig präsent.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass das bestehende Angebot von Einrichtungen für Kinderwunschbehandlungen in Deutschland ausreichend ist (bitte begründen)?
Falls nein, was sollte sich aus Sicht der Bundesregierung ändern?
2. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob ungewollt kinderlose Paare bei der Erfüllung des Kinderwunsches mit Hilfe fortpflanzungsmedizinischer Maßnahmen vor faktischen Problemen stehen, die sich aus der restriktiven Gesetzeslage ergeben, und wenn ja welche?
3. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob die zuständigen Behörden der Länder die Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion („künstliche Befruchtung“) durch den Bund und die Länder unterschiedlich auslegen?

Wenn ja, plant die Bundesregierung, gegen die unterschiedliche Auslegung der den Kinderwunsch betreffenden Gesetze und Richtlinien etwas zu unternehmen?

4. Gibt es Aktivitäten der Bundesregierung dahin gehend, dass die Kosten für das Einsetzen von kryokonservierten Eizellen durch die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) im Allgemeinen, also unabhängig von einer Vor-erkrankung der Frau, übernommen werden sollen?
5. Hat Bundesregierung eine Position dazu, Social Freezing in den Leistungskatalog der GKV aufzunehmen (bitte begründen)?
6. Gibt es eine Einschätzung der Bundesregierung bezüglich der Möglichkeiten des Social Freezing bezugnehmend auf die Erfüllung des Kinderwunsches von Paaren?
7. Welche Chancen und welche Risiken für ungewollt kinderlose Paare bestehen nach Ansicht der Bundesregierung durch das Angebot und die Nutzung von Social Freezing?
8. Hält die Bundesregierung Social Freezing für eine angemessene Option, den Kinderwunsch auch in einem höheren Alter erfüllen zu können (bitte begründen)?
9. Welche alternativen Möglichkeiten für die Erhaltung der Fruchtbarkeit im Alter sieht die Bundesregierung?
Wie bewertet sie diese im Vergleich zum Social Freezing?
10. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob durch Social-Freezing-Angebote das Alter der Frauen bei der Geburt des ersten Kindes steigt?
11. Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, wie gut die Bevölkerung über ihre eigene Fruchtbarkeit informiert ist?
Falls ja, ist dieser Stand aus Sicht der Bundesregierung ausreichend, und warum?
12. Hält die Bundesregierung die Informationslage in Deutschland über Social-Freezing-Angebote für ausreichend?
13. Hält die Bundesregierung die Aufklärungsmöglichkeiten über reproduktionsmedizinische Maßnahmen, Fruchtbarkeit, Fruchtbarkeitserhalt und insbesondere Social Freezing für ausreichend (bitte begründen)?
14. Hält die Bundesregierung die Art der Aufklärungsmöglichkeiten über reproduktionsmedizinische Maßnahmen, Fruchtbarkeit, Fruchtbarkeitserhalt und insbesondere Social Freezing insbesondere im Hinblick auf digitale Informationsmöglichkeiten für zeitgemäß und ausreichend (bitte begründen)?
15. Informiert die Bundesregierung selbst zum Thema Fruchtbarkeit und fruchtbarkeitserhaltenden Maßnahmen in Deutschland, und wenn ja, wie?
16. Wie steht die Bundesregierung zur uneinheitlichen Gesetzeslage zum Social Freezing im europäischen Vergleich?
Wo sieht sie in Deutschland Verbesserungsbedarf?
17. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie viele Frauen in Deutschland Social-Freezing-Angebote in den letzten zehn Jahren in Anspruch genommen haben (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

18. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie viele Frauen im europäischen Ausland Social-Freezing-Angebote in den letzten zehn Jahren in Anspruch genommen haben (bitte nach Jahren und Ländern aufschlüsseln)?
19. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie viele Frauen im internationalen Ausland Social-Freezing-Angebote in den letzten zehn Jahren in Anspruch genommen haben (bitte nach Jahren und Ländern aufschlüsseln)?
20. Wie steht die Bundesregierung zum Social Freezing als Alternative zur Einpflanzung einer im Ausland gespendeten und eingesetzten Eizelle einer anderen Frau?
21. Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass ein besseres Informationsangebot über die Möglichkeiten von Social Freezing in Deutschland die Abwanderung ungewollt kinderloser Paare ins Ausland verringern würde (bitte begründen)?
22. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie viele Einrichtungen in Deutschland Social-Freezing-Behandlungen durchführen, und wenn ja, bitte nach Ländern aufschlüsseln?
23. Ergibt sich aus Sicht der Bundesregierung ein Wertungswiderspruch, wenn die Kosten für die Kinderwunschbehandlung bei Frauen, die aufgrund ihres Alters einer entsprechenden Behandlung bedürfen, übernommen werden, nicht aber bei Frauen, die Eizellen mit Social Freezing zuvor haben konservieren lassen?

Berlin, den 14. Mai 2020

Christian Lindner und Fraktion

